

pauke

Unabhängige Offenbacher Schülerzeitschrift



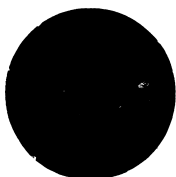
Achtung!

**Die durch das Abitur geschwächte
Redaktion der PAUKE
ist auf der Suche
nach neuen Mitarbeitern.**

**Wer als Redakteur
mitarbeiten möchte,
ist auf den Redaktionssitzungen
der PAUKE gern gesehen.
Sie finden jeden Freitag, 18.00 Uhr,
im Isenburger Schloß (linker Turm)
statt.**

**Wer aus irgendwelchen Gründen
verhindert ist, schreibe an:
Die PAUKE, Offenbach/Main
Postfach 800**

**Wir freuen uns über
Leserbriefe, Artikel und Vorschläge,
was wir besser machen können.**



Aus dem Inhalt	
	Seite
Schon wieder Politik?!	5
We Hold these Truths	6
Berliner Wirtschaft	8
Das „Berliner Modell“: Demokratische Universität	11
Soll man Springer enteignen?	15
Das Konzept der Regierungspartei	17
Enteignet Springer! – oder doch nicht?	20
Literatur-Hinweise	22
Schul-Nachrichten	26
Leierkasten	26

Michael Huhn Außerdem arbeiteten
Werner Bader an dieser Ausgabe
Kurt Graulich mit:
Dagmar Roesch H. U. Carl
Uwe Straňsky Hanspeter Klasser
Hartmut Schneider Hans-Joachim Maes
Karin Goldau Kalle Hofmann
Karl Rathgeber
Graphik:
Joachim Witan

Protector: Dr. M. Seifert

Verlag und Redaktion: Offenbach am Main – Postfach 800
Postcheckkonto Frankfurt am Main Nr. 116499

Anzeigenleitung: 87588

Chefredakteur: Telefon 87588 / 883423

Artikel mit teilweiser oder voller Namenszeichnung stellen
zwar die Meinung des Verfassers, aber nicht unbedingt
die der Redaktion dar.

Die PAUKE ist Mitglied der „Jungen Presse Hessen“,
Landesarbeitsgemeinschaft jugendeigener Zeitungen.

Druck: NEOTYPE-DRUCK, Offenbach/Main

Nachdruck nur mit Genehmigung.



Discipulus

Auch heute noch gibt es entgegen vieler Meinungen DISCIPULI(AE), die die erstaunliche Fähigkeit besitzen, neben den von ihnen verlangten Aufgaben freiwillige Unterrichtsfächer auszuüben. So schloß sich an einer Schule im Raum Frankfurt eine doch beachtliche Anzahl DISCIPULI zusammen, um freiwillig die französische Sprache zu erlernen. Wenn die Leistungen auch nicht so gut mit denen in den Pflichtfächern übereinstimmten, so konnte der MAGISTER im Laufe der Jahre dennoch einen beachtlichen Fortschritt feststellen.

Nach drei Jahren (genauer gesagt, nach dem letzten Kurzschuljahr) jedoch war der MAGISTER plötzlich nicht mehr da. Er hatte die Schule verlassen. DISCIPULUS wartete. Wochen vergingen und die Hoffnung, einen Nachfolger zu bekommen, schwand, je länger er wartete. DISCIPULUS gab sie auf. Er machte die traurige Erfahrung, daß der von ihm gezeigte Wille nicht immer genug Beachtung findet.

Vermutlich mag sich aber infolge des Mangels an MAGISTRI niemand gefunden haben, der die Zeit gefunden hätte, die DISCIPULI zu unterrichten.

— humi —



SCHON WIEDER POLITIK?!

Liebe PAUKE-Leser

Wenn wir in diesen Tagen mit einer erhöhten Auflage von 5000 Exemplaren erschienen sind, so hat dies seinen besonderen Grund. Es handelt sich diesmal um eine politische Sondernummer. „So ein Quatsch“, wird jetzt mancher Schüler sagen, „schon wieder Politik oder fällt diesen Schülerzeitungen nichts anderes ein“, und damit die PAUKE beiseite legen wollen. Um dies zu vermeiden, möchte ich einige Worte vorausschicken. Wie wohl jeder weiß, wurde man im letzten halben Jahr, sei es durch Presse, Rundfunk oder Fernsehen, auf bedeutende Ereignisse in Berlin aufmerksam gemacht. Was tut sich in Berlin? Dieser Frage gingen wir auf den Grund. Eine Reihe von Artikeln über die wirtschaftliche Lage Berlins, über die Studentenunruhen, die Presse in Berlin und das Konzept der Regierungspartei etc. stellen den Inhalt unserer Sondernummer dar. Daneben finden sich aber auch noch aktuelle politische Themen, die nicht auf Berlin bezogen sind. Dies kurz zum Inhalt. Wir hoffen, dem Leser hiermit Möglichkeiten zur sachlichen Information und Anregungen zur Diskussion gegeben zu haben.

**Der Chefredakteur
MICHAEL HUHN**

Da wir hier in Europa ein ausgesprochen positives Vorurteil gegen die Amerikaner haben, möchte der Verfasser des folgenden Artikels zu einer kritischeren Betrachtung der amerikanischen Politik und Denkweise führen.

We Hold these Truths — ein Gedanke und seine angebliche Verwirklichung

In so ziemlich allen Geschichtsbüchern der westlichen Welt wird die amerikanische Unabhängigkeitserklärung und Verfassung so dargestellt, als hätte sich damals ein Volk gegen die koloniale Unterdrückung seitens Großbritanniens aufgelehnt, um den Gedanken der Menschenrechte zu verwirklichen. Das mag wohl auch dazu beigetragen haben, daß Amerika als ein irdisches Beinahe-Paradies für Menschen aller Nationalitäten und ein Zufluchtsort für alle Unterdrückten gilt. Inwieweit ist nun dieses verkündete Ziel erreicht worden?

Schon zur Zeit der amerikanischen Revolution waren Wunsch und Wirklichkeit weit voneinander entfernt. Die Unabhängigkeitsproklamation weist Parallelen zum Gedanken der französischen Revolution auf: Gleichheit aller vor dem Recht, das Recht aller auf freie persönliche Entfaltung und Glück. Mit solchen Vokabeln läßt sich freilich ein moralischer Anspruch für die Unabhängigkeit begründen, doch entpuppt sich diese Argumentation als ein bloßer politischer Machtanspruch, wenn man die historischen Hintergründe bedenkt. Der Unabhängigkeitserklärung war ein Steuerstreit vorausgegangen, in dem die Siedler ihren Willen auf Eigenständigkeit bekundet hatten. Die nationale Haltung war also schon vorher da und das Mutterland unterdrückte in keiner Weise seine Kolonie. Der Stein des Anstoßes waren die Steuern und das Verbot Englands, in den Kolonien Industrien aufzubauen.

Die Kontroverse zwischen Mutterland und Kolonien entstand aus politischen und wirtschaftlichen Gründen und keineswegs aus dem Willen, die Menschenrechte zu verwirklichen. Die Fadenscheinigkeit der proklamierten Begründungen tritt aber besonders deutlich zutage, wenn man einen Blick auf das nachrevolutionäre Amerika wirft. Der Sklavenhandel mit den USA florierte wie nie zuvor, und die Neger steckten in derselben Lage wie früher: für sie existierten weder Freiheit noch irgendwelche andere Vorteile.

Daran zeigt sich recht deutlich, daß die Menschenrechte, die in der amerikanischen Verfassung jedem zugesichert werden, im wesentlichen wohl doch nur der moralische Anstrich für die erstrebte politische Macht waren. Der Menschenrechtsgedanke war zum Allgemeingut, zu einer Art Ideologie herabgesunken.

Im Sezessionskrieg zeigt sich dann erneut die Verbindung von Freiheitsgedanke und Streben nach politischer und wirtschaftlicher Macht. Mit dieser Freiheitsideologie rechtfertigen die Nordstaaten ihr Vorgehen gegen die Südstaaten, denn sie kritisierten (mit Recht) die Sklaverei. Der Streit zwischen Nord und Süd rührte aber, zumindest anfangs, von anderen Ursachen her.

Die Südstaatler forderten Freihandel, denn sie wollten die in ihren Plantagen produzierte Baumwolle gegen europäische Fertigwaren tauschen. Im Norden wurde dagegen eine eigene Industrie aufgebaut, die Schutzzölle verlangte, um gegen die europäische Konkurrenz bestehen zu können. Dieser anfangs rein wirtschaftliche Streit erhielt neue Akzente, als der Norden dem Süden vorwarf, nicht die Verfassung zu achten, da den Negern nicht das Recht auf Freiheit zugestanden würde. In politische Auseinandersetzung mischen sich auch jetzt wieder, genau wie bei der Unabhängigkeitserklärung, ethische Motivationen.

Der Sieg der Nordstaaten brachte aber den Negern nicht die erhoffte Freiheit. Als die Neger nach Norden wanderten, wo es bis zu dem Sezessionskrieg praktisch keine Neger gegeben hatte, begegnete ihnen dort dieselbe Feindschaft. Solange der Norden kein Rassenproblem hatte, konnte er leicht den Süden kritisieren, aber als sich die Neger auch dort ansiedelten, war von dem Willen zur Gleichberechtigung aller Menschen nichts mehr vorhanden.

Die Diskrepanz zwischen (politischer) Theorie und Praxis findet sich wohl überall. Doch fällt es bei einer Ideologie wie der amerikanischen, die ethisch einwandfreie Begriffe im Schilde führt, besonders schwer, sie in ihrem Charakter zu erkennen. Die Begriffe Freiheit, Demokratie, Gleichheit für alle etc. verleiten zu einem unreflektierten Gutheißen der Politik, die diese Begriffe als ihre Ziele ausgibt. Wie sehr die Ziele noch von der Wirklichkeit entfernt sein können, ist hoffentlich klar geworden.

— has —

wenn Photo · Kino · Projektion
Parfümerie Kosmetik

dann natürlich
bei

J. Mathers

Frankfurter Straße 42 · Filiale: Bieberer Straße 24

BERLINER WIRTSCHAFT

Die allgemeine Wirtschaftskrise in der Bundesrepublik ist auch an Berlin nicht vorbeigegangen. Seit Anfang dieses Jahres hat der Auftragseingang spürbar nachgelassen; die Zahl der Beschäftigten ist um etwa 8% zurückgegangen. Eine Stabilisierung ist zu erwarten; ein Großteil der in den Eventualhaushalten der Bundesregierung vorgesehenen Gelder kam Berlin zugute. Diese Krise hat aber auch positive Seiten gehabt: Sie hat gezeigt, welche Schwächen die Berliner Wirtschaft hat und welche Probleme in nächster Zukunft gelöst werden müssen.

Folgende Gesichtspunkte scheinen mit bei der Betrachtung des Themas „Berliner Wirtschaft“ wichtig zu sein: 1. Die spezifische Situation der Großstadt Berlin / die geographische Lage; 2. Die Altersstruktur; 3. Die Möglichkeit der Entwicklung des Sozialprodukts; 4. Was kann die Industrie leisten?

Eine Großstadt, zunächst einmal unabhängig von ihrer geographischen Lage, kann heute nicht mehr autonom existieren. Der Austausch mit außerhalb ist lebensnotwendig. Für Berlin stellen sich noch besondere Probleme; durch die Teilung hat Berlin sein Hinterland verloren, in dem früher ein Teil der Erzeugnisse abgesetzt wurde und aus dem vor allem die benötigten landwirtschaftlichen Produkte in die Stadt kamen.

Die Altersstruktur Berlins ist denkbar ungünstig. Die Stadt ist völlig überaltert. Die Geburtenrate ist wesentlich niedriger als die des Bundesgebietes (Berlin: 8 bis 9 pro 1000 der Bevölkerung; Bundesgebiet: etwa 18 pro 1000!). 19% der Bevölkerung sind nicht mehr erwerbstätig; 1980 wird diese Zahl auf 24% der Bevölkerung gestiegen sein. Nach einer Untersuchung müßten jährlich 16 000 Arbeitskräfte zuziehen, um den – gegenwärtigen schon ungünstigen – Stand zu halten. Der Wanderungsgewinn war jedoch – nachdem 1963 und 1964 je etwa 10 000 Menschen zuzogen – 1965 gleich Null. Aus der Alterspyramide ergibt sich, daß zwar die Altersgruppe 20 – 30 ausreichend vertreten ist, die Altersgruppe unter 20 Jahren jedoch deutlich unterrepräsentiert ist. Wenn es nicht gelingt, die Lage grundlegend zu ändern, wird es so sein, daß in wenigen Jahren eine Minderheit der Bevölkerung die Mehrheit ernähren muß. Die allgemeine Zahl der Einwohner – gegenwärtig

2,2 Millionen Menschen – wird bis 1980 auf 1,8 Millionen abgesunken sein.

Das „Sozialprodukt“ liegt in Berlin höher als im übrigen Bundesgebiet. Es beträgt pro Kopf der Bevölkerung etwa 8500 DM (Bundesgebiet: 8000 DM). Seit 1958 ist in Berlin die Vollbeschäftigung erreicht. Sie zu erhalten, ist seit Jahren eine der Hauptaufgaben des Senats. Teilweise laufen heute noch Notstandsprogramme, die eine ständige Vollbeschäftigung sicherstellen (Deshalb so viele ausgebaute Parkanlagen in Berlin!). Der Senat ist der größte Arbeitgeber: etwa 110 000 Personen stehen in öffentlichen Diensten (das sind 13 % der arbeitsfähigen Bevölkerung; im Bundesgebiet liegt die Quote bei etwa 7 %).

Die Nahrungs- und Genußmittelindustrie ist, ihrem Steueraufkommen nach, die größte Berliner Industrie. Rund 3,8 Milliarden DM Steuern führten sie im letzten Jahr ab. Etwa 25 000 Personen sind von ihr beschäftigt.

An zweiter Stelle steht die faktisch größte Industrie, die Elektroindustrie. Beschäftigte: rund 100 000. Es folgt der Maschinenbau mit 39 000 Beschäftigten, dann die Bekleidungsindustrie. Die Bedeutung des Senats als Arbeitgeber ist schon erwähnt worden. In vielen Teilgebieten ist die Berliner Verwaltung wesentlich aufwendiger als die Verwaltungen vergleichbarer Städte des Bundesgebietes. Gesundheitswesen, Schulwesen, aber auch Straßenbau werden wesentlich intensiver gefördert. Wichtig ist die Frage der Investitionsfreudigkeit. Die Investitionsquote liegt deutlich unter dem Bundesdurchschnitt (25 %; Berlin nur 18 – 19 %). Jede Konjunkturkrise wirkt sich in Berlin automatisch stärker als in jeder anderen Großstadt aus: Die Berliner Industrie ist vorwiegend auf die Herstellung von Gütern traditioneller Art spezialisiert; die sogenannten „wachstumsintensiven“ Industrien – wie Elektronik-Industrie, Chemische- oder Automobilindustrie, die geeignet wären, einen Wirtschaftsrückschlag aufzufangen, – sind in Berlin nicht ausreichend vertreten.

Welche Möglichkeiten hat nun Berlin, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu überwinden? Im Laufe der letzten Jahre wurden eine Menge Vergünstigungen geschaffen, die Unternehmer dazu bewegen sollten, sich mit ihrem Betrieb in Berlin anzusiedeln. Bekannt ist die „Umsatzsteuerpräferenz“; Einkommen- und Körperschaftsteuer sind in Berlin 30 % niedriger, der Senat zahlt direkt Subventionen an Einzelpersonen und Unternehmungen. Alle diese Anreize haben bisher noch nicht die erhofften Erfolge gebracht.

Der ehemalige Regierende Bürgermeister und jetzige Außenminister, Willy Brandt, hatte die Vorstellung entwickelt, Berlin solle eine Art „Drehscheibe“ zwischen West und Ost, ein Handelskontor, gleichsam die Brücke zwischen den Wirtschaftssystemen werden. Diese Vorstellung ist beim „Republikanischen Club“, dem

linken Flügel der SPD und anderen Gruppen recht populär. Hierzu muß aber festgestellt werden, daß der bisherige Handel Berlins mit den Ostblockstaaten niedriger als der der Bundesrepublik mit diesen Staaten ist. Durch die Planwirtschaft sind die Ostblockstaaten auf Jahre, mindestens fünf Jahre, hinaus festgelegt. Die Berliner Wirtschaft müßte sich, wenn sie effektiv im Osthandel mitwirken wollte, ebenfalls zu langfristigem Planen entschließen. Die Idee einer „Doppelkonföderation“ d. h. Berlin solle gleichzeitig Mitglied der EWG und des COMECON werden, geht von falschen Begriffen aus und ist als politisches Konzept nicht diskutabel.

Um zu einem Fazit zu kommen: Das, was der neue Regierende Bürgermeister Schütz als augenblickliche Schwierigkeiten ansieht, sind strukturelle Schwierigkeiten. Allen, denen wirklich an Berlin gelegen ist, sollte es wichtig sein, nicht nur an Symptomen zu kurieren, sondern zu versuchen, Berlin – vielleicht auch mit ganz unkonventionellen Methoden – auf eine solide wirtschaftliche Grundlage zu stellen.

– HJM –



Das „Berliner Modell“:

DEMOKRATISCHE UNIVERSITÄT

Über die „Unruhe in der Studentenschaft“ wird heute viel geschrieben, von berufener und manchmal auch sehr unberufener Seite. In den Vorstellungen nicht kleiner Teile der Bevölkerung sind Studenten „Bummelanten“, die sich auf Kosten der Allgemeinheit ein gutes Leben machen. Symptomatisch war hier die Reaktion auf die Ereignisse des 2. Juni in Berlin: Während der Demonstrationen gegen den zu Besuch weilenden Schah von Persien, Kaiser aller Kaiser, wurde der Student Benno Ohnesorg von einem Polizisten erschossen. In der ganzen Berliner Presse erschienen Kommentare der Entrüstung, empörte Leserbriefe. Allerdings wurde nicht das Vorgehen der Polizei oder der „Jubelperser“ kritisiert, sondern die „radauwütigen“ Studenten, die man, wie ein Leser schrieb, am besten alle „über die Mauer“ zu den Kommunisten jagen sollte, wo sie ja hingehörten. Um zu verstehen, weshalb heute unter den Studenten allgemein Unruhe herrscht, ist die Kenntnis der Entwicklung des „Berliner Modells“ notwendig.

Die Gründung der Freien Universität war, 1948, ein Schritt, der wesentlich von Studenten eingeleitet und getragen wurde. Sie wandten sich einmal gegen die einseitige politische Ausrichtung der Humboldt-Universität, die im russisch besetzten Teil Berlins lag. Zum anderen richtete sich die Gründung der Freien Universität gegen die völlig unpolitische Ausrichtung der meisten anderen Universitäten in den (damaligen) Westzonen. Hier hatte man aus den Erfahrungen, die man während der Zeit des Dritten Reiches gewonnen hatte, keinerlei Konsequenzen gezogen, die autoritäre Struktur unverändert beibehalten. Die „FU“ sollte nun das exemplarische Gegenmodell werden. Der Studentenschaft wurden weitgehende Rechte eingeräumt. In dem höchsten Organ der Universität, dem akademischen Senat, waren – neben 12 Professoren, dem Rektor und seinem Stellvertreter – zwei Studenten vertreten, die in allen Fragen ein Mitsprache- und Entscheidungsrecht hatten. Diese institutionelle Regelung hat sich, das nebenbei, in den meisten der westdeutschen Hochschulen noch nicht durchgesetzt! In den Jahren bis etwa 1952 hatten die studentischen Vertreter ein solches Gewicht, daß kaum ein entscheidender Beschluß ohne ihre Zustimmung gefaßt wurde. Mehrfach gelang es den Studentenvertretern, die Berufung von Professoren, die aus der nationalsozialistischen Zeit belastet waren, zu verhindern.

In der Zeit nach 1952 setzte nun eine Entwicklung ein, in deren Verlauf die Studenten viele ihrer verbürgerten Rechte verloren. Schon 1951 hatte die Juristische Fakultät, von jeher (nicht nur in Berlin!) als im allgemeinen nicht zu liberal bekannt, beschlossen, die Studentenvertreter einfach hinauszuerwerfen, wenn sie über professorale Probleme mit verhandeln wollten. Ein anderes Beispiel ist die Zulassung der ausländischen Studienbewerber. Während dies bis 1955 Angelegenheit des Außenreferates des ASTA (Allgemeiner Studenten-Ausschuß) war, ist es heute eine reine Verwaltungsangelegenheit. Das hat für die Ausländer u. a. solche Folgen: Im laufenden Semester wurde nur jeder 10. Bewerber angenommen; die Auswahl scheint teilweise nach recht sachfremden Gesichtspunkten erfolgt zu sein. Seit die Ausländer allein von der Verwaltung betreut werden, ist es ihnen verboten, Vereinigungen, in denen beispielsweise amerikanische oder französische Studenten zusammengefaßt wären, zu bilden. Weitere Beispiele für den Verlust der studentischen Einflußmöglichkeiten lassen sich genug finden: Die Gebührenerlaßstelle, die Sozialabteilung und andere Stellen mehr arbeiten, ohne daß Studenten an ihnen maßgeblich beteiligt wären.

Es wäre falsch, diese Entwicklung als spezifisch für Berliner Verhältnisse zu deuten. Man kann sagen, daß die Freie Universität sich erst im Zuge einer allgemeinen Entwicklung im gesamten Bundesgebiet so rückschrittlich entwickelt hat. Ein anderer Tatbestand, der für die Betrachtung sehr wesentlich ist, heute aber meist übersehen wird: 1948, bei Gründung der Freien Universität, konnten 2 500 Studenten eine faktische Kontrolle und Mitbestimmung ausüben. Heute sind diese Möglichkeiten kaum vorhanden. Was die Lage automatisch zuspitzt ist, daß heute nicht nur 2 500, sondern mehr als 15 000 Studenten allein an der Freien Universität eingeschrieben sind.

Daß der Aufbau der deutschen Universität nicht mehr ganz zeitgemäß sei, ist inzwischen eine verbreitete Erkenntnis geworden. Dem Studenten ist es heute fast unmöglich, das zu tun, was er eigentlich sollte: eigenständig wissenschaftliche Arbeit zu lernen und zu leisten. Auf Einzelheiten einzugehen, würde den Rahmen dieses Artikels sprengen: So nur noch einige Bemerkungen zur jüngsten Situation in Berlin:

Im Dezember stehen an der Freien Universität die Wahlen zum Konvent, der Vertretung der Studentenschaft, bevor. Der RCDS (Ring Christlich-

M. Schulz

Schreibwaren

605 Offenbach am Main

Kaiserstraße 1

Kunstkarten

Demokratischer Studenten), die Korporationen und nicht zuletzt der „Nationaldemokratische Hochschulbund“, ein Ableger der neonazistischen NPD, fordern, die Herrschaft der „Linksradikalen“ im ASTA zu brechen. Der inzwischen ab- und wiedergewählte Vorsitzende des RCDS, Runge, bat u. a. Springer um finanzielle Mittel, damit er den Wahlkampf „effektiv“ führen könne. Daß die Studentenschaft in ihrer großen Mehrheit sich heute als „links“ begreift, kann nicht verwundern. Die sozialistischen Vorstellungen sind für die Studenten am einleuchtendsten: nach sozialistischer Interpretation sind unter einem wirtschaftlichen System wie dem der Bundesrepublik die Wissenschaften von der Staatsspitze abhängig, sowohl in Struktur als auch in der Aussage. Wie ein solcher Zusammenhang existiert, haben die Studenten am eigenen Leibe verspürt: Vor zwei Jahren beschloß die Juristische Fakultät (die, wie schon erwähnt, liberalem Gedankengut kaum abgeschlossen ist) die Zwangsexmatrikulation nach acht Semestern. Zwangsexmatrikulation bedeutet, daß jedem Studenten, der nach acht Semestern sein Studium, gleich aus welchen Gründen, nicht abgeschlossen hat, der weitere Besuch der Universität verboten ist. Von diesem für viele Studenten höchst bedeutsamen Beschluß wurde kein einziger Vertreter der Studentenschaft rechtzeitig unterrichtet. Die Studenten beschlossen deshalb eine Protestmaßnahme in Form eines „sit-ins“. Mehr als 3000 Studenten setzten sich für acht Stunden in den Henry-Ford-Bau der Universität. Natürlich rückte sehr bald Polizei an, um das Gebäude zu säubern. Als nach der Ermordung des Studenten Benno Ohnesorg die Studenten am 3. Juni 1967 eine Protestversammlung anberaumten, wurde diese vom Kultus-Senator Stein (SPD) verboten. Ein Verwaltungsgericht hob dieses Verbot wieder auf, dennoch: für viele Studenten Beweis der Konspiration zwischen Universität und Staatsgewalt.

Vor wenigen Wochen wurde in Berlin von Studenten die „Kritische Universität“ gegründet. Die „KU“ soll im Rahmen der Universität Probleme behandeln, die im allgemeinen Lehrbetrieb zurückstehen müssen. Nachdem die Leitung der Universität sich zunächst in scharfer Form gegen das Vorhaben ausgesprochen hatte, veröffentlichten 50 Professoren der Freien Universität eine „Zwölf-Punkte-Erklärung“, in der das Vorhaben der KU – bei gebotenen Einschränkungen – recht positiv beurteilt wird. Es ist zu hoffen, daß sich in Zukunft in Zusammenarbeit von Lehrenden und Lernenden neue, zeitgemäße Formen an der Universität entwickeln werden. Was nützt, ist ein neues „Berliner Modell“.

– HJM –

SEHNSUCHT NACH NIRVANA

O Gott, wir verdammtes Geschlecht
von Äußerlichkeiten hängt unsere Liebe ab,
an Illusionen zittern unsere Träume
fadenscheinig zerfledderte Fragmente
einer Seele im Widerspruch der Realität.
O Gott, wir verdammtes Geschlecht
wie nichtig sind unsere Probleme
wie transparent unser Tun
wie sinnlos unsere Gedanken
und wir taumeln umher
in unserer verzweifelten Unwissenheit
unfähig zu erfassen, lebenslänglich verurteilt
die Erklärung unserer Existenz zu suchen.

— chris —

Moby

nur DM **399,-**
/a. W.



Ihre neue Freundin
von **Mobylette**

führerscheinfrei-vollautomatisch-27kg leicht

Probefahrt beim Fachhändler:

Mosebach

Offenbach/M. · Waldstr. 8
Am Markt

Im Dienste
der
Schönheit



**Auf die
richtige
Pflege
kommt
es an.**

schmal

CENTRA-PARFÜMERIE

Spindler

KOSMETIK-INSTITUT

Offenbach · Geleitsstraße 4
am Markt · Telefon 887818

Soll man Springer enteignen?

Zunächst einige Fakten: in Berlin gibt es heute acht große Tageszeitungen, die täglich in einer Druckauflage von rund einer Million Exemplare erscheinen. Nur drei der großen Tageszeitungen gehören dem Springer-Konzern an; sie stellen aber mehr als 70 % (im II. Quartal 1967) der Gesamtauflage der Berliner Zeitungen (genau sind es täglich 710 479 Exemplare).

Hier die Auflagen- und Verkaufsziffern:

	Auflage	Verkauf
DER ABEND	86 002	70 807
BERLINER ZEITUNG (BZ)	355 775	333 501
MORGENPOST	250 428	240 459
SPANDAUER VOLKSBLATT	28 858	25 936
BILD (Berliner Ausgabe)	143 364	124 968
DIE WELT	104 539	96 329
TELEGRAF	94 767	92 399
NACHTDEPESCHE	65 958	49 733

Gegenüber dem Vergleichszeitraum 1966 haben die drei Springer-Zeitschriften ihren Anteil um rund 32 000 Exemplare steigern können.

Von den acht Berliner Tageszeitungen steht — außer denen, die zum Springer-Konzern gehören — nur noch das Spandauer Volksblatt auf einer einigermaßen soliden finanziellen Grundlage. Diese finanzielle Unabhängigkeit wäre sofort gefährdet, wenn eine der Zeitschriften des Springer-Konzerns regelmäßig eine „Spandauer-Beilage“ zur Verteilung brachte. Momentan ist ein solch massiver Schritt jedoch nicht zu erwarten. Außer dem Spandauer Volksblatt erhalten alle anderen Tageszeitungen Subventionen aus dem Bundeshaushalt. Wie schwierig die Situation für eine Tageszeitung heute — nicht nur in Berlin — ist, zeigen folgende Zahlen: Normalerweise werden rd. 30 % der Herstellungskosten einer Zeitung oder Zeitschrift aus dem Vertriebslös gedeckt. Die Vertriebsinnahmen sind gerade in der gegenwärtigen Situation von entscheidender Bedeutung, die Einnahmen durch Anzeigen allgemein rückläufig sind. Wenn die Nachtdepesche täglich rund 16 000 ihrer fertiggestellten Exemplare nicht absetzen kann (das sind immerhin 22,4 % der Gesamtauflage!), bedeutet das ein ständiges Defizit. Daß ein kleiner Verlag ein solches Defizit nicht lange tragen kann, ist offensichtlich. Die Subventionen werden aus dem Titel 300 des Bundeshaushalts, dem berühmt-berüchtigten „Reptilienfond“ gezahlt. Der Untertitel lautet „entgangene Ostabonnenten“.

In letzter Zeit beschäftigen sich große Teile der Studentenschaft mit der Frage, ob Springer enteignet werden sollte. Der SDS, Sozialistischer Deutscher Studentenbund, wurde Hauptträger der Kampagne „Enteignet Springer“. Auch ein Arbeitskreis der vor wenigen Wochen ins Leben gerufenen „Kritischen Universität“ beschäftigt sich mit der Problematik des Springer-Konzerns für die Berliner Gesellschaft. Wesentlich bei Einleitung der Kampagne war der Gesichtspunkt, daß eine so weitgehende Konzentration der Auflage auch eine Konzentration des Einflusses bedinge, also ein Meinungsmonopol geschaffen werde. Bisher ist ein solcher Zusammenhang wissenschaftlich einwandfrei noch nicht nachgewiesen worden. Man kann – durchaus begründet – die Auffassung vertreten, daß die Springer-Presse nur die Meinung eines Teils der Bevölkerung wiedergibt. Der Springer-Konzern sollte nicht der Buhmann sein; er ist ja nur eine Verkörperung gewisser unerfreulicher Tendenzen in unserer Gesellschaft. Ganz unrealistisch wird es bei der Frage der Enteignung. Zwar gibt die Berliner Verfassung, von den Alliierten am 29. August 1950 gebilligt, die Möglichkeit einer Enteignung in Artikel 16 vor: „Jeder Mißbrauch wirtschaftlicher Macht ist widerrechtlich. Insbesondere stellen alle auf Produktions- und Marktbeherrschung gerichteten privaten Monopolorganisationen einen Mißbrauch wirtschaftlicher Macht dar und sind verboten.“ Diesem Grundrecht steht allerdings das Grundrecht auf Eigentum gegenüber. In Artikel 15 heißt es: „(1) Das Eigentum wird gewährleistet. Sein Inhalt und seine Schranken ergeben sich aus den Gesetzen. (2) Eine Enteignung kann nur zum Wohle der Allgemeinheit auf gesetzlicher Grundlage vorgenommen werden.“ Dies allein dürfte die Unmöglichkeit der Forderung „Enteignet Springer“ zeigen. Einen eindeutigen Nachweis des „Mißbrauchs wirtschaftlicher Macht“ zu führen, dürfte ebenfalls schwer fallen. Und last not least: Wer hätte Interesse, Axel Cäsar Springer Milliarden Mark Entschädigung zu zahlen?

Verglichen mit dem Bild früherer Jahre oder Jahrzehnte bietet die Berliner Presse heute ein recht eintöniges Bild. Dieses Bild wieder vielgestaltiger zu machen, ist eine Aufgabe, für die einzusetzen sich lohnt.

Musik Renz

Inh. M. Büttner

Offenbach/Main

Bieberer Str. 28, Tel. 88 52 43

Musikinstrumente aller Art

Orchester Elektronic

sämtliche Fabrikate

Service und Reparaturen

Das Konzept der Regierungspartei

Am 26. Oktober 1967 gab der neue Regierende Bürgermeister, Klaus Schütz, vor dem Abgeordnetenhaus seine Regierungserklärung ab. In dieser Erklärung wird die Politik, die die Regierung Albertz vertreten hatte, fast unverändert übernommen und weiterentwickelt. Wenn man rückschauend den etwas unrühmlichen Abtritt des Regierenden Bürgermeisters Albertz ansieht, sollte man sich vor der Fehleinschätzung hüten, Albertz sei Querelen in seiner Partei zum Opfer gefallen, aufgrund seiner „Unfähigkeit“ gescheitert oder ähnliches mehr. Wenn Albertz ein Opfer wurde, dann ein Opfer der allgemeinen Strukturkrise, der der neue Regierende Bürgermeister ebenfalls Herr werden muß. Allgemeine gute Absichten, die Schütz in seiner Regierungserklärung äußerte („Der Senat wird sich weiter bemühen, um qualifizierte Arbeitskräfte in Berlin zu halten und neue zu gewinnen“) klingen zwar gut, stellen aber noch kein politisches Konzept dar.

Die Probleme, die der neue Regierende Bürgermeister sieht und wie er sie anpacken will, ergeben sich am besten aus seiner Regierungserklärung. Die wichtigsten Punkte drucken wir ab:

„Am 13. April hat hier mein Vorgänger, Albertz, für den Senat eine Erklärung abgegeben... Dieser Senat stellt sich auf den Boden der Regierungserklärung vom 13. April 1967. Wir setzen neue Akzente und wohl auch andere Schwerpunkte. Aber im wesentlichen stellen sich die Aufgaben so, wie sie vor einem halben Jahr gesehen wurden... Dieser Senat muß sich vor allem drei großen Aufgaben widmen:

1. Die Leistungsfähigkeit und den Leistungswillen der Berliner Wirtschaft zu stärken ..., die Angst um den Arbeitsplatz zu bannen.
2. Berlin hineinzubringen und einzuordnen in das ... Ringen der Bundesregierung um Frieden und Entspannung in Deutschland und Europa.
3. Das Vertrauen zwischen Berliner Bevölkerung und politischer Führung wieder zu festigen.

Eine leistungsfähige Wirtschaft ist die Voraussetzung für die Lebensfähigkeit unserer Stadt. Im letzten Jahr hat es – nicht nur in Berlin – Schwierigkeiten gegeben... Aber etwas müssen wir genauso deutlich sehen: Zur Katastrophenstimmung gibt es keinen Anlaß. Im Kern ist die Berliner Wirtschaft gesund und leistungsfähig... In der überschaubaren Zukunft wird es ... um folgendes gehen:

1. Berlin braucht die Unterstützung der Bundesregierung bei der Belegung seiner Wirtschaft. . . .

2. Teil dieses Senats ist es, die von der westdeutschen Wirtschaft erreichten Zuwachsraten auch in Berlin sicherzustellen . . . 3. Die Standortnachteile der Berliner Wirtschaft müssen weiterhin ausgeglichen werden. . . . 4. Der Senat wird die Verhandlungen mit der Bundesregierung über die Verlängerung des Berlinhilfe-Gesetzes ab 1970 aufnehmen. . . .

7. Der Senat wird sich weiter bemühen, um qualifizierte Arbeitskräfte in Berlin zu halten und neue zu gewinnen. . . .

Ich komme zum zweiten Schwerpunkt: Der Einordnung Berlins in die Friedens- und Entspannungsbemühungen der Bundesregierung. . . . Wir wissen alle, daß es töricht und tatsächlich gefährlich ist, auf rasche Erfolge im innerdeutschen Verhältnis zu spekulieren. . . . Unser Ausgangspunkt ist klar: Wir, der Senat von Berlin und der Regierende Bürgermeister, sind zuständig für innerstädtische Regelungen. Ich betone: Zuständig für innerstädtische Regelungen. Und wir wollen mit dem Mann in Ost-Berlin sprechen, der dort die gleiche Zuständigkeit ausübt. Wer immer es ist. Ich dachte, das wäre wie überall in der Welt der Oberbürgermeister. Nur so naiv, wie einige glauben, bin ich allerdings nicht: Auch ich weiß sehr wohl, was drüben los ist. . . . Die Führung in Ost-Berlin ist offenbar zur Zeit nicht an vernünftigen Regelungen, die den Menschen im geteilten Berlin helfen können, interessiert.

Die dritte große Aufgabe, für die nächsten Monate ist gestellt: Das Vertrauen zur Bevölkerung und Studentenschaft wiederherzustellen. . . . Dieser Senat wird nicht mit Kanonen auf Spatzen schießen. Aber Randalierer werden klar und eindeutig in die Schranken gewiesen. . . . Ich bekenne mich ausdrücklich zum Recht auf politische Demonstration. Aber dieses Recht darf nicht zu grobem Unfug und Sachbeschädigung mißbraucht werden. Was Berlin im letzten Sommer erlebt hat, darf und wird sich nicht wiederholen. . . . Der Senat sucht das Gespräch mit den Studenten. . . . Aber es gibt auch andere Probleme in dieser Stadt. . . .

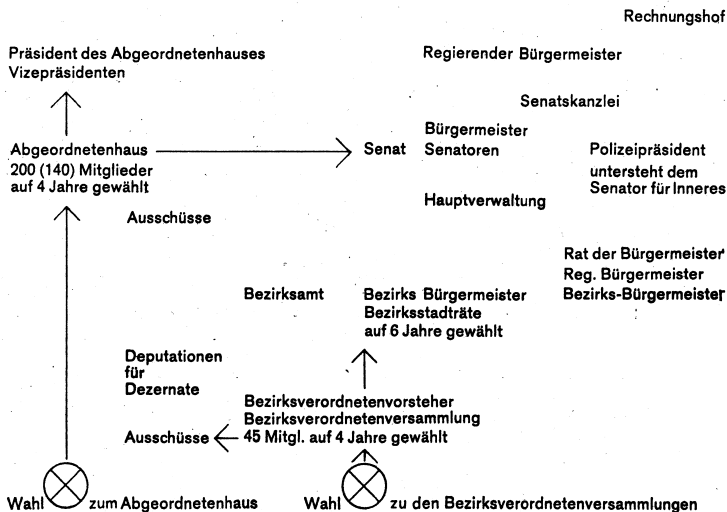
Lassen Sie mich ein kurzes Wort sagen zur Mode des „Berlin-Pessimismus“ oder der „Berlin-Verdrossenheit“, mit der wir es seit einiger Zeit zu tun haben. . . . Mich stört die Arroganz, die Überheblichkeit, mit der über Berlin und die Berliner hergezogen wird. Keiner leugnet unsere Probleme. . . . Ich widerspreche mit aller Entschiedenheit der Vorstellung, einige wenige Auserwählte hätten die Zeichen der Zeit erkannt und nur eine verbohrte politische Führung halte das Volk von Berlin im Dämmerzustand einer Berlin-Verdummung. Ich bitte das Hohe Haus. . . . um Zustimmung zu diesen Richtlinien, die ich kurz zusammenfasse:

1. Die Zugehörigkeit Berlins zur Bundesrepublik Deutschland muß erhalten bleiben. Die Anwesenheit und die Verantwortung der Alliierten garantiert unsere freiheitliche Existenz.

2. Berlins Wirtschaft muß leistungsfähig bleiben, Ihre Standortnachteile müssen auch künftig ausgeglichen werden. Berlin als Ganzes muß leistungsfähig bleiben.

3. Berlin muß eingeordnet werden in die Friedens- und Entspannungsbemühungen der Bundesregierung... Das Vertrauen in Berlin und das Vertrauen für Berlin muß wiederhergestellt werden. Das war und ist, das bleibt unsere gemeinsame Aufgabe.“

Gesetzgebung, Regierung und Verwaltung von Berlin



Enteignet Springer! — oder doch nicht?

Gerade jetzt hört man hauptsächlich von linksorientierten Studenten (das ist kein Schimpfwort) den Ruf: „Enteignet Springer!“. Man befürchtet, daß Axel Cäsar Springer, dessen Tageszeitungen allein eine Auflagenhöhe von über 8 568 000 Exemplaren haben, eine Gefahr für die Demokratie darstellt. Doch schnell zeigt sich, daß die Überlegungen der machtfeindlichen Intellektuellen nicht immer richtig sind.

Springers Monopolstellung beschränkt sich auf die politisch unbedeutenden Programmzeitschriften („Hör zu“) und vor allen Dingen auf die Boulevardzeitungen. Bei den Tageszeitungen mit Weltgeltung steht Springers „Welt“ in heftigem Konkurrenzkampf mit der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ und der „Süddeutschen Zeitung“. Das Gleiche ist bei den überregionalen Sonntags- bzw. Wochenzeitungen der Fall. (Springers „Welt am Sonntag“ gegen „Rheinischer Merkur“ und „Christ und Welt“, um nur einige zu nennen.)

Doch wie kommt seine beherrschende Stellung auf dem Markt der Boulevardzeitungen zustande? Ganz einfach, indem er das schreibt, was die breite Masse der Leser anspricht. In der „Bild“ werden keine politischen Anschauungen den Lesern aufgezwungen, sondern die Anschauungen der Leser werden wiedergegeben. Denn als Verleger ist Axel Springer gezwungen, sich den Meinungen der Käufer anzupassen. Ein Zeichen dafür ist der plötzlich betont arbeiterfreundliche Kurs von „Bild“.

Jetzt sollte man aber nicht versuchen, den Bildleser als unmündigen, alles glaubenden Menschen hinzustellen. Selbst wenn ein Großteil der Bildleser politisch uninteressiert sein mögen, hat niemand die Macht ihnen vorzuschreiben, was sie lesen sollen. Was übrig bleibt zu tun, ist lediglich, die Minderheiten zu schützen, z. B. durch ein Anti-Trust-Gesetz. Die Abstimmung darüber, ob Springer enteignet werden soll oder nicht, findet jeden Morgen am Zeitungsstand statt. Natürlich kann man entgegenen, daß der Käufer kaum die Möglichkeit hat, eine andere Zeitung zu kaufen, aber das liegt nicht an A. C. Springer, sondern am Unvermögen andersdenkender Verleger. Das zeigte sich sehr deutlich in Berlin, wo eine (angeblich von Augstein subventionierte) Tageszeitung sich nicht durchsetzen konnte, obwohl sie in Preis und Aufmachung mit „Bild“ übereinstimmte. Das Entscheidende war nämlich der Inhalt. Wenn eben die meisten Berliner der Meinung sind, daß gegen den Schah protestierende Studenten Kommunisten, Krawallmacher oder ähnliches seien, dann ist das zwar traurig, aber durch Enteignungen nicht zu verhindern. Das eine

Minorität der Majorität verbieten will, ihre Meinung zu äußern, ist unsinnig.

Auffällig ist auch, daß sich die Kampagne nur gegen Springer richtet und nicht gegen andere Verleger wie z. B. Rudolf Augstein der eine hundertprozentige Monopolstellung auf dem Markt der Nachrichtenmagazine besitzt. Es gibt sonst nämlich nur noch den unbedeutenden, der CDU/CSU nahestehenden „Civis“. Das „Deutsche Panorama“ hat vor einigen Monaten aufgehört zu existieren. Offensichtlich wird Machtanhäufung erst dann als verwerflich erkannt, wenn sie bei andersdenkenden Verlegern entdeckt wird.

hak

P. S.

Der Autor distanziert sich von den in den Springer-Blättern vertretenen Meinungen.

**PENNY
LANE
SALOON**

FRANKFURT/M.
Montag – Freitag ab 17.00 Uhr
Samstag u. Sonntag ab 15.00 Uhr

Modische Stoffe

Ilse Ott

605 Offenbach a. M.
Kaiserstraße 32
Telefon 88 74 79 · Privat: 88 66 38
durchgehend geöffnet

BÜCHER



Literatur-Hinweise

Zur Einführung in verschiedene Themenkreise und zur sachlichen Information

1. IDEOLOGIE

Hans Georg **Belz**: Marxismus – Leninismus – Ein Leitfadens durch Philosophie, Soziologie, Ökonomie. Bremen 1962, Schönemann 348 S.
Heinrich **Falk**: Die ideologischen Grundlagen des Kommunismus. München 1961, Olzog. 140 S.

Iring **Fetscher**: Von Marx zur Sowjetideologie. 8. Aufl. Frankfurt/M 1962, Diesterweg. 204 S.
Fetscher: Was haben wir der Sowjetideologie entgegenzusetzen? Frankfurt/M 1964, Heimat-Verlag. 24 S.

Stalin: Über dialektischen und historischen Materialismus (vollst. Text mit krit. Kommentar von Iring Fetscher). Frankfurt/M 1965, Moritz Diesterweg 126 S.

2. ATHEISMUS

MacEoin: Der Kampf des Kommunismus gegen die Religion. Aschaffenburg 1952 P. Pattdloch. 300 S.

Werner **Maser**: Genossen beten nicht – Kirchenkampf des Kommunismus. Köln 1963, Verlag Wissenschaft und Politik. 264 S. mit 8 Abbildungen und 2 Karten.

Fedor **Stepun**: Der Bolschewismus und die christliche Existenz. München 1959, Kösel. 298 S.

3. INTERNATIONALER KUNNUNISMUS

Otto **Baumhauer**: UdSSR – Geschichte und Entwicklung der Sowjetunion. Bremen 1965 Schönemann. 424 S.

Franz **Borkenau**: Der europäische Kommunismus. Seine Gesch. v. 1917 bis z. Gegenwart. München 1952, Lehnen. 540 S.

Edward **Crankshaw**: Moskau – Peking oder der neue kalte Krieg (a. d. Engl.). Hamburg 1963 Rohwolt. 222 S.

Milovan **Djilas**: Die neue Klasse – eine Analyse des kommunistischen Systems. München 1958, Kindler. 284 S.

Jürgen **Domes**: Von der Volkskommune zur Krise in China. Bonn 1964, Studiengesellschaft für Zeitprobleme. 87 S.

David **Floyd**: Die feindlichen Genossen – Der russisch-chinesische Konflikt (a. d. Engl.). München 1964, Droemer. 475 S.

Gustav **Hilger**: Stalin – Aufstieg der UdSSR. Göttingen 1959. Musterschmidt. 98 S.

Günther **Nollau**: Die Internationale – Wurzeln und Erscheinungsformen des prolet. Internationalismus. 2. erw. Aufl. Köln 1961, Kiepenheuer und Witsch. 396 S.

Ernest J. **Salter**: Von Lenin bis Chruschtschow – der moderne Kommunismus. (= Ullstein-Taschenbuch 106.). Frankfurt/M. 1958, Ullstein. 143 S.

Hilmar **Toppe**: Der Kommunismus in Deutschland. München 1961, Olzog. 148 S.

Bertram D. **Wolfe**: Lenin – Trotzki – Stalin: drei, die eine Revolution machten ... Frankfurt/M 1965, Europäische Verlagsanstalt. 816 S.

4. ZUR SPALTUNG UND WIEDERVEREINIGUNG DEUTSCHLANDS

Adolf Arndt: Der deutsche Staat als Rechtsproblem (= Schr.-Reihe der Jur. Gesellsch. Berlin H. 3). Berlin 1960, de Gruyter. 50 S. Die Bemühungen der Bundesrepublik um Wiederherstellung der Einheit Deutschlands durch gesamtdeutsche Wahlen. Dokumente und Akten. (BMG), I. Teil (4. erw. Aufl.) 1958. 153 S.; II. Teil (erw. Neuauf.) 1958. 290 S.; III. Teil: Systemat. Regist. 2. verb. Aufl. 1961. 58 S.

Je eine englische und eine französ. Ausgabe in einem Bande enthält die Dokumente bis Januar 1954.

G. A. Bürger: Die Legende von 1952 — zur sowjetischen Märznote... 3. Aufl. Leer 1962, G. Rautenberg. 76 S.

Theodor Eschenburg: Die deutsche Frage — die Verfassungsprobleme der Wiedervereinigung. 2. verb. Aufl. (hrsg. v. Forschungsinst. d. Dt. Gesellschaft f. ausw. Politik). München 1959, Oldenburg. 56 S.

Fritz Faust: Das Potsdamer Abkommen und seine völkerrechtliche Bedeutung, Frankfurt/M 3. neubearb. Aufl. 1964, Metzner. 262 S.

Die deutsche Frage 1952 — 1956 — Notenwechsel und Konferenzdokumente der vier Mächte, hrsg. v. Eberhard Jäckel (= Bd. XXIII der Dokumente, hrsg. v. d. Forschungsstelle f. Völkerrecht... d. Univ. Hamburg). Frankfurt/M 1957, Metzner. 169 S.

Heinz Kreutzer: Gibt es zwei deutsche Staaten? (hrsg. v. Königsteiner Kreis der Juristen a. d. SBZ). Göttingen 1965, Otto Schwartz. 28 S.

Gerhard Scheuer: Die Rechtslage des geteilten Deutschlands. Frankfurt/M. 1960, Metzner. 175 S.

G. Scheuer: Der deutsche Staat in rechtlicher Sicht (BMG) 1964. 88 S. (Enthält Hinweis auf Literatur zu Theorien über Deutschlands Wiedervereinigung)

Kurt P. Tudyka: Das geteilte Deutschland — Eine Dokumentation der Meinungen. Stuttgart 1965, Kohlhammer 206 S.

5. BERLIN-FRAGE

Alfred Berger: Berlin 1945 — 1965 — Quellenleseheft... 5. erw. Aufl. München 1966, Gersbach u. S. 92 S.

Berlin Sowjetsektor — Die politische, rechtliche, soziale und kulturelle Entwicklung... (Sammelband). Berlin 1965, Colloquium Verlag. 228 S.

Walter Brunn: Die rechtliche, politische und wirtschaftliche Lage des Berliner Sowjetsektors. Berlin 1954, Kulturbuch-Verlag. 156 S.

Rudolf R. Legien: Die Viermächte-Vereinbarungen über Berlin. 2. erg. Aufl. Berlin 1961, Carl Heymann. 64 S.

Die Mauer oder der 13. August (hrsg. v. Hans Werner Richter) (= rororo T. B. 482). Reinbek b. Hamburg 1961, Rohwolt. 196 S.

Dietrich Storbeck: „Freie Stadt“ zwischen Stacheldraht? — Die Zonen- und Sektorengrenze von West-Berlin (BMG) 1960, 48 S. mit 54 Abbildungen.

Joachim Rottmann: Der Viermächtestatus Berlins. 2. verb. Aufl. (BMG) 1959. 83 S.

John V. Taylor, Du findest mich, wenn du den Stein aufhebst, Christliche Präsenz im Leben Afrikas. Chr. Kaiser Verlag, München, 12,50 DM.

John V. Taylor versucht in seinem Buch, das verhängnisvolle Versagen der Kirche in Afrika zu erklären.

Er befaßt sich mit verschiedenen Seiten der alten afrikanischen Religion und mit Anschauungen darüber, die als eine Art Philosophie noch bei vielen Afrikanern vertreten ist und schildert in interessanter Weise den Dialog zwischen Christentum und Heidentum. Eine Fülle afrikanischer Selbstzeugnisse bis zur zeitgenössischen Dichtung kommt zu Wort und ermöglicht es dem Leser, diese Welt ursprünglichen Erlebens besser zu verstehen.
— B —

*BMG = Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen

Büro Bonner Berichte, 53 Bonn, Koblenzer Straße 10

**Besser geht's
mit Coca-Cola**

**Mach mal
Pause..
mit Coke**



COCA-COLA und COKE sind Warenzeichen für das allbekannte koffeinhaltige Erfrischungsgetränk der Coca-Cola Gesellschaft.

Peter Herdt & Söhne

Offenbach/Main · Im Eschig 10 · Telefon 8 21 79/88 25 62



In Geldnot auf der Reise?
Unverhoffte Ausgaben
unterwegs? Kein Problem:
Ihr Sparkassenbuch ist
ja „freizügig“ - d. h. Sie
können bei allen
Sparkassen in der Bundes-
republik und in
Berlin West Geld einzahlen
und natürlich auch abheben!



STÄDTISCHE SPARKASSE OFFENBACH

Schul- *Nachrichten*

Reges Interesse am Paukeball zeigten die Schüler(innen) der Albert-Schweitzer-Schule. Dort wurden im Vorverkauf ganze 3 (drei) Karten verkauft.

Seit einigen Wochen erfreuen sich die Schüler der Leibnizschule einer praktischen Einrichtung. In den Pausen werden von der SMV Schulartikel zum Selbstkostenpreis verkauft.

In einem Zeitraum von knapp 5 Wochen feierten drei Offenbacher Schulen ihre Schulfeste (Albert-Schweitzer-Schule 14. 10.; Rudolf-Koch-Schule 4. 11.; Leibnizschule 18. 11.). Dazwischen lag noch ein Paukeball. Trotzdem waren alle Veranstaltungen gut besucht. (Wir berichten noch darüber).

Am 26. Februar 1968 ist

**ROSENMONTAGS-
PAUKEBALL!**

Leierkasten

Ein Leierkasten, der nicht nur Musik machen kann!

Was man in Offenbach mit am meisten vermisst hat, ist ein Hauch von Geist und kulturellem Leben außerhalb des Theaters. In dieser Beziehung waren wir bisher ein wenig sehr provinziell geblieben und um so erfreulicher ist es, daß diesem Zustand durch eine Mischung von Privatinitiative und Aufgeschlossenheit des Gewerkschaftsbundes abgeholfen worden ist.

Der bekannte Flamenco-Gitarrist Hans-Herbert Lohnes und der vom letzten Paukeball wohl auch recht bekannte Folklore-Sänger Stefan Lenke haben mit Unterstützung des DGB im Gewerkschaftshaus den „Leierkasten“ etablieren können. Obwohl alles bisher gesagte nach einem Folkloreklub riecht, haben die Initiatoren ihre Ziele weitergesteckt. Das Programm umfaßt so ziemlich alles, was man in einem Diskussionsklub besprechen kann. Das Echo auf diese Veranstaltungen ist über Erwarten positiv. Mittlerweile sitzt mit schöner Regelmäßigkeit ein beträchtlicher Teil der Anwesenden auf den Tischen oder dem Fußboden.

Der „Leierkasten“ begann mit Folklore, und schon am ersten Abend klatschte das Publikum mit — für Deutschland etwas recht seltenes. Es wurde über Sinn und Unsinn des Protestsongs, des Chansons oder Volkslieds diskutiert, so daß die leidige Distanz zwischen Interpret und Zuhörern überbrückt wurde. Besonders bemerkenswert ist, daß alle Altersstufen dort vertreten sind und daß sich keiner als Außenseiter zu fühlen braucht.

Demnächst werden montagsabends im Leierkasten auch Rezitationen von Bühnenstücken, Songs von Brecht und Tucholsky, sogar paar Küchenlieder zu hören sein und Bilder zeitgenössischer Künstler besprochen werden.

Inzwischen ist der „Leierkasten“ ein eingetragener Verein geworden; am 2. September hat er eigene Räume, in der Sprendlinger Landstraße 46, bezogen. An drei Wochentagen ist der Leierkasten geöffnet, Montags, Donnerstags und Samstags. Wir können dem Leierkasten weiterhin nur noch mehr Zulauf wünschen.

minimax



**im
Rhythmus
unserer
Zeit**



**TANZ
SCHULE
WEISS**

Ruf: 285607